

(Aus dem Stadtrat.) Die „Rathauskorresp.“ schreibt: „Wie das Amtsblatt der Stadt Wien in seiner Nummer 105 vom 29. Dezember 1914 berichtet, hat der Stadtrat nach einem Bericht des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner folgende Entschliehung einstimmig genehmigt: „Die schweren Besorgnisse, welche der Wiener Stadtrat und die aus Vertretern sämtlicher Gemeinderatsparteien bestehende Obmännerkonferenz über die von der Regierung verordnete Art der Bestimmung der Höchstpreise für Getreide und Mehl geäußert haben, werden durch die tatsächlichen Wirkungen dieser Verordnung noch übertroffen. Die Höchstpreise, die eine Verbilligung oder doch wenigstens eine Erleichterung und Sicherung des Getreidebezuges bewirken sollten, sind geradezu ein unüberwindliches Hemmnis der Getreide- und Mehlaufuhr nach Wien geworden. Die Folgen dieses Zustandes sind unabsehbar, und es macht sich jetzt schon in weiten Kreisen der Bevölkerung eine tiefgehende Mißstimmung und Erregung geltend. Die Wiener Gemeindevertretung erachtet es daher als ihre Pflicht, auf das nachdrücklichste und dringendste zu fordern, daß die Regierung ehestens geeignete Maßnahmen treffe, um wieder einen entsprechenden Verkehr in Getreide- und Mehlprodukten zu ermöglichen und dadurch die ausreichende Mehlversorgung Wiens zu erträglichen Preisen zu sichern. Zu diesem Zweck erneuert die Wiener Gemeindeverwaltung ihre bereits am 3. Dezember 1914 erhobene Forderung nach einheitlichen Höchstpreisen für die gesamte Monarchie.“